

Gespenster der Migration: Das Geschlecht der Angst und die Krise der Demokratie

Wir vergegenwärtigen eine Krise der repräsentativen Demokratie, die sich nicht nur im Erstarken rechtsextremistischer Parteien niederschlägt, sondern auch in der Schwäche anderer Parteien und Institutionen, diesem etwas entgegensetzen.

Mit Didier Eribons Beobachtung, dass die ehemals links orientierten Arbeiter und Arbeiterinnen von den etablierten Parteien im Stich gelassen wurden und sich nun scheinbar automatisch nach rechts orientierten, offenbart sich das gegenwärtige Dilemma der Politik. Statt wie seit jeher für ihre realen materiellen Interessen zu wählen und diese in die Hände der Parlamente zu legen, würden – nach Eribon – die Menschen in einem antipolitischen Impuls gegen ihre Interessen nun Mythen imaginieren: Nation, Volk, Männlichkeit. Diese Entfremdung breiter Bevölkerungsschichten von den gesellschaftlichen Eliten, die Eribon mit einem Gefühl der Scham selber vollzogen hat, führe nicht zu einer Rebellion von unten, sondern im Gegenteil zu einer Regression, die sich nach einer starken Hand sehnt.

Auch in Deutschland ist das Vertrauen in die etablierten Parteien durch die scheinbare Alternativlosigkeit zum Neoliberalismus, d.h. zunehmende Entsicherung des eigenen Lebens, drohende Armut trotz steigenden Arbeitsanforderungen – zu Recht – fundamental gerstört. Deswegen wird auch hierzulande nicht mehr für die eigenen Interessen gewählt, sondern Lust an der Zerstörung des Bestehenden artikuliert. Die rechten Parteien haben diese Zerstörung des Systems versprochen und betreiben diese Transformation bereits spürbar. Die Rache ist ein gutes Gefühl für die Entmachteten, die sich nicht mehr repräsentiert fühlen; sie fühlt sich vor allem für den Typus des männlichen Familienernährers gut an. Er legt sich zunehmend eine toxische, Frauen verachtende Männlichkeit zu. Er macht 2/3 der Wählerschaft der AfD aus.

Zentral für diese gesellschaftliche Auseinandersetzung ist das diskursive Feld Migration bzw. deren Abwehr, die sich gegenwärtig in einer neuen Konjunktur des Rassismus niederschlägt. Die zunehmende Entsicherung der Lebensplanungen in unserer heutigen Zeit wird über die Figur des unerwünschten bzw. bedrohlichen Ausländers verhandelt. Sorgen um die Abgesichertheit des eigenen Lebens werden in der Flut eines geschürten Angstdiskurses mitgerissen. Die Angst vor Gespenstern wie den „kriminellen Geflüchteten“ oder den „sexistischen muslimischen Männern“ vernebelt nicht nur das Denken, sondern auch die Empathie. Der affektive Ausbruch von rechts als widerständiges Potential und genereller ‚Weckruf‘ zum „Schutz des eigenen Volkes“ ruft dabei vor allem die Körper und ihre Affekte als ursprüngliche Quelle des Widerstands an. [Görlich; Peters, Body Politics 5 (2017), Heft 8, S. 31-70]

Gleichzeitig erleben wir aber einen – sich zwar ebenfalls der institutionalisierten Form des Politischen abwendenden, doch in seiner Ausrichtung gegensätzlichen – Affekt der Solidarität. In einer historisch nie dagewesenen Dimension organisieren Millionen von Bundesbürger*innen Formen eines Kommunitarismus, der auf Teilhabe, Partizipation, Vielheit, Empathie und Gerechtigkeit ausgelegt ist. In der Rückgewinnung des öffentlichen Raums und der Selbstorganisation der nachbarschaftlichen oder lokalen Belange werden die eigenen und die ‚fremden‘ Bedürfnisse auf inklusive Art in ein Verhältnis zueinander gestellt. Trotz zahlreicher Konzepte, Diskussionen und Theorien ist diese Art des solidarischen Lebens zuallererst ein Affekt. In der Öffnung des sozialen Raums verschiebt sich die Frage nach dem Subjekt – „wer bin ich?“ – zu der Frage nach dem Gefüge – „wie wollen wir zusammen leben?“ – und damit zu den Beziehungsweisen der Menschen. Ob unter dem Begriff der Solidarity Cities oder in der sogenannten Willkommenskultur entstehen demokratisierende Impulse und eine Wiederbelebung des politischen Gemeinwesens, die beispiellos sind. Dass den 2/3 männlichen AfD-Wählern 2/3 weibliche Akteure in den solidarischen Strukturen gegenüberstehen, führt die geschlechtliche Dimension der aktuellen Spaltung der Gesellschaft vor Augen. Dass (feministische) Solidarität kaum, (maskulinistischer) Hass aber permanent medialisiert wird, schwächt dabei den Versuch, die Ebene der Repräsentation, d.h. die Basis unserer Demokratie, zurückzugewinnen.